Unterrichtung

**über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates Dhronecken am Montag,
dem 24. Oktober 2011 um 19.00 Uhr im Bürgerhaus in Dhronecken**

Ortsbürgermeister Jochem eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte fest, dass die Mitglieder nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren. Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Mitteilungen des Ortsbürgermeisters
Kommunal- und Verwaltungsreform
3. Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Reiterhof“ in der Ortsgemeinde Dhronecken
  - a) Beratung und Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen im Zuge der durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch sowie Nachbargemeinden nach § 2 Absatz 2 Baugesetzbuch
  - b) Beratung und Billigung des Planentwurfs
  - c) Beratung und Beschlussfassung über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch
4. Vergabe der Renovierungsarbeiten im Bürgerhaus Dhronecken
5. Ortsdurchfahrt Dhronecken L 153
6. Informationen
  - a) Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz
  - b) Herstellung von Stauanlagen am Thalfangerbach und Röderbach
  - c) Schneeräumung

Zu 1.: Einwohnerfragestunde

Es war nichts zu protokollieren.

Zu 2.: Mitteilungen des Ortsbürgermeisters

Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hermeskeil, Herr Hülpes, teilte unter Hinweis auf die Beschlussfassung des Verbandsgemeinderates Hermeskeil schriftlich das Interesse an Fusionsgesprächen mit der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf mit und lädt dazu die Vertreter der Ortsgemeinde Dhronen zu einem Gespräch ein.

Ratsmitglied Wagner kritisierte die Initiative der Verbandsgemeinde Hermeskeil vor dem Hintergrund der dort bekannten verbindlichen Beschlusslage des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf.

Zu 3.: Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Reiterhof“ in der Ortsgemeinde Dhronen

a) Beratung und Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen im Zuge der durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch sowie Nachbargemeinden nach § 2 Absatz 2 Baugesetzbuch

Unter Hinweis auf die Beschlussfassung des Ortsgemeinderates führte man die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch für den beschlossenen Bebauungsplanentwurf „Sondergebiet Reitsport, Gastronomie und Beherbergung mit Freizeitanlagen“ im Zeitraum von Montag, 27. Juni 2011 bis einschließlich Dienstag, 26. Juli 2011 durch eine öffentliche Auslegung zu jedermanns Einsicht bei der Verbandsgemeindeverwaltung durch. Im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Anregungen oder Bedenken von Bürgern vorgetragen.

Ebenso unterrichtete man im gleichen Zeitraum die Nachbargemeinden nach § 2 Absatz 2 Baugesetzbuch wie auch die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch über die bestehenden Planungen und räumte ihnen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme ein. Die eingegangenen Stellungnahmen sind in der nachstehenden Zusammenstellung zusammengetragen und zu den einzelnen maßgeblichen Anregungen Beschlussvorschläge formuliert.

Zusammenfassung der Anregungen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplanentwurf Teilgebiet „Sondergebiet Reitsport, Gastronomie und Beherbergung mit Freizeitanlagen“

Am Verfahren beteiligt:				
1.	Generaldirektion Kulturelles Erbe	Rheinland-Pfalz	Weimarer Allee 1	54290 Trier
2.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord		Strasemannstraße 3-5	56068 Koblenz
3.	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		Moltkestraße 15	54292 Trier
4.	LBM		Dasbachstraße 15c	54292 Trier
5.	SWT Trier		Ostallee 7-13	54290 Trier
6.	Creos Deutschland GmbH		Am Halberg 4	66121 Saarbrücken
7.	Landesamt für Geologie und Bergbau		Emy-Röder-Straße 5	55129 Mainz
8.	Deutsche Telekom		Polcher Straße 15-19	56727 Mayen

9.	Forstamt Dhronicken		Auf der Burg 1	54426 Dhronicken
10.	Gemeindeverwaltung Morbach		Bahnhofstraße 19	54497 Morbach
11.	DLR Mosel		Görresstraße 10	54470 Bernkastel-Kues
11.1	DLR Mosel	Schreiben v 15.01.2010	Görresstraße 10	54470 Bernkastel-Kues
12.	Wehrbereichsverwaltung West	Außenstelle Wiesbaden	Moltkering 9	65189 Wiesbaden
13.	RWE Rhein-Ruhr Netzservice	Regionalzentrum Trier	Eurener Straße 33	54294 Trier
14.	Deutsche Post Real Estate Germany GmbH		Postfach 10 19 38	40010 Düsseldorf
15.	VG Schweich			54334 Schweich
16.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord	Regionalstelle Wasserwirtschaft	Deworastraße 8	54290 Trier
17.	Planungsgemeinschaft Region Trier		Postfach 4020	54020 Trier
18.	Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	Dienststelle Trier	Gartenfeldstraße 12a	54295 Trier
19.	Vermessungs- und Katasteramt		Schneewiesenstraße 24	55765 Birkenfeld
20.	LBB	Niederlassung Trier	Postfach 3010	54224 Trier
21.	IHK Trier		Herzogenbuscher Straße 12	54292 Trier
22.	DB Services Immobilien GmbH	Niederlassung Frankfurt	Camberger Straße 10	60327 Frankfurt am Main
23.	Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich		Postfach 1420	54504 Wittlich
24.	VGW Thalfang			55424 Thalfang

	<i>Stellungnahme</i>	<i>Beschlussvorschlag</i>	<i>Beschluss</i>
1.	Generaldirektion Kulturelles Erbe, 54290 Trier 22.06.2011 Von der Planung sind bekannte archäologische Fundstellen nicht betroffen.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
2.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, 56068 Koblenz, 06.07.2011 Nach Durchsicht und Prüfung der zur o.g. Bauleitplanung mittels Datenträger (CD-ROM) vorgelegten Planunterlagen nehme ich aus Sicht der Oberen Naturschutzbehörde bei der SGD Nord wie folgt Stellung: Die Planung berücksichtigt weitgehend die Feststellungen der vereinfachten raumordnerischen Prüfung nach § 18 Landesplanungsgesetz, die mit dem Prüfergebnis der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich vom 12.05.2010 (Az.: 40.501.2.3-4/10) abgeschlossen wurde. Grundsätzlich sind die allgemeinen Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Vollzug der Eingriffsregelung, im Rahmen der Bauleitplanung von der Unteren Naturschutzbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich einzubringen. Im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB werden seitens der Oberen Naturschutzbehörde zum Umfang und Detaillierungsgrad der		

	Umweltprüfung nachstehende Punkte besonders herausgestellt: Die Erschließung des Plangebietes soll von Norden im Zuge der vorhandenen Gemeindestraße „Hirtenweg“ und über die bestehende Holzbrücke über die Kleine Dhron erfolgen. Der Landesbetrieb Mobilität Trier hat in seiner Stellungnahme zur vereinfachten raumordnerischen Prüfung das Anlegen oder Benutzen von Zuwegungen jeglicher Art zur freien Strecke der L 152 oder L 153 nicht gestattet. Die kleine Dhron zwischen Dhronecken und der L 152 wurde im Rahmen der Biotopkartierung 2010 kartiert (BT 6207-0358-2010) und unterliegt aufgrund ihrer Ausprägung dem gesetzlichen Schutz gemäß § 30 BNatSchG. Veränderungen an der bestehenden Holzbrücke über die kleine Dhron würden eine Befreiung von den Schutzbestimmungen des § 30 BNatSchG durch die Obere Naturschutzbehörde erfordern. Weiterhin wurde in der Biotopkartierung eine „Magerwiese westlich Dhronecken“ (BT 6207-0330-2010) erfasst. Zu der Überplanung durch das Sondergebiet werden im Umweltbericht keine Aussagen getroffen. Die Bewertung für die Inanspruchnahme dieser Fläche ist im Umweltbericht bzw. in der Eingriffsbilanzierung aufzunehmen. Insgesamt soll als Kompensation eine Extensivierung der Grünlandnutzung außerhalb des Geltungsbereichs im Kleinen Dhrontal erfolgen. Bei der Feststellung des Kompensationsbedarfs und Auswahl der Ausgleichsflächen ist das Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich herzustellen. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde vom 05. Juli 2011 (Az.: 41-55452) verwiesen, der sich die Obere Naturschutzbehörde voll inhaltlich anschließt. Gemäß Mitteilung des Referates 43 - Bauwesen - im Hause unterliegt die o.g. Bauleitplanung nicht der Sonderaufsicht der SGD Nord, so dass von dort keine weitere Stellungnahme erfolgt.	Zur Kenntnis. Die Dhron wird mit ihrem Gewässerrandstreifen als Fläche für die Wasserwirtschaft dargestellt. In diesem Bereich erfolgt, mit Ausnahme ggf. der Beseitigung standortfremder Nadelbäume, keine Änderung der aktuellen Situation. Falls bauliche Maßnahmen an der Brücke notwendig werden wird eine entsprechende Befreiung beantragt. Diese als Pferdeweide genutzte Fläche wurde im Juni 2010 biotopkartiert und als artenreiche Wiese mittlerer Standorte bei mäßig intensiver Nutzung klassiert. An dieser Nutzungsart und Intensität ändert sich durch den Bebauungsplan nichts. Der Umweltbericht wird entsprechend ergänzt. Zur Kenntnis. Die Ausgleichsflächen und -maßnahmen werden im weiteren Verfahren festgelegt. Zur Kenntnis.	Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig. Kein Beschluss erforderlich.
3.	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, 54292 Trier, 21.06.2011 Ihr o.g. Schreiben habe ich zuständigkeithalber an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Kaiserslautern - Sparte Verwaltungsaufgaben - weitergeleitet. In diesem Zusammenhang informiere ich Sie darüber, dass aufgrund Umstrukturierung die Aufgaben als Träger öffentlicher Belange nunmehr von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.

	Kaiserslautern für ganz Rheinland-Pfalz wahrgenommen werden. Ich bitte Sie daher, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Kaiserslautern - Sparte VA-, Morlauterer Straße 21, 67657 Kaiserslautern, bei allen Verfahren als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Trier aus dem Verteiler zu streichen.		
4.	LBM, 54292 Trier, 24.06.2011 Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen aus straßenrechtlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken. Folgendes ist jedoch bei den weiteren Planungen zu beachten: 1. Die Bauverbotszone von 20 m zur freien Strecke der L 152 ist einzuhalten. Dies gilt grundsätzlich auch für Werbeanlagen und Anschüttungen sowie Abgrabungen. 2. Die verkehrliche Erschließung hat über die vorhandene Gemeindestraße "Hirtenweg" innerhalb der Ortsdurchfahrt von Dhronen zu erfolgen. Das Anlegen oder Benutzen von Zuwegungen jeglicher Art zur freien Strecke der L 152 oder L 153 ist nicht gestattet. 3. Dem Straßeneigentum und den straßeneigenen Entwässerungsanlagen darf kein Abwasser und kein gesammeltes Oberflächenwasser zugeführt werden. Es ist ebenfalls nicht gestattet, die Notüberläufe von Versickerungsmulden oder Regenrückhaltebecken an das straßeneigene Entwässerungssystem anzuschließen. Die bestehende Straßenentwässerungseinrichtung bzw. breitflächige Entwässerung der Straße darf in keinsten Weise beeinträchtigt werden. <u>Anmerkung</u> Die Gemeinde hat durch entsprechende Festsetzungen in der Planurkunde bzw. in den textlichen Festsetzungen zum o.g. Bebauungsplan den Erfordernissen des § 1 Abs. 5 Nr. 1 i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung bzw. Minderung solcher Einwirkungen für die zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen im Innen- und Außenwohnbereich in ausreichendem Maß Rechnung zu tragen. Die hierzu erforderlichen Nachweise sind durch die Trägerin der Bauleitplanung zu erbringen. Es ist somit sicherzustellen, dass der Straßenbaulastträger der L 152 von jeglichen Ansprüchen Dritter bezüglich Lärmschutzes freigestellt wird.	Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Da es sich bei der geplanten Nutzung in erster Linie um den Betrieb einer Reitsportanlage handelt, wird auf die Erstellung einer lärmtechnischen Untersuchung verzichtet.	Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich. Der Beschluss erfolgte einstimmig.
5.	SWT Trier, 27.06.2011 Zu der o. g. Bebauungsaufstellung haben wir	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss

	keine Anregungen oder Bedenken. In dem genannten Bereich sind keine Leitungen der SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH vorhanden. Eine entsprechende Verlegung ist nicht geplant.		erforderlich.
6.	Creos, 66121 Saarbrücken, 27.06.2011 Im vorgenannten Bereich sind keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH vorhanden. Die uns zur Prüfung übergebenen Unterlagen senden wir Ihnen mit einem entsprechenden Prüfvermerk zurück.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
7.	Landesamt für Geologie und Bergbau, 55129 Mainz 30.06.2011 Aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben: Bergbau / Altbergbau: Keine Einwände. Boden und Baugrund ~ allgemein: Keine Einwände. Boden und Baugrund - mineralische Rohstoffe: Leider enthalten die erhaltenen Unterlagen keine vollständigen Angaben zum landespflegerischen Planungsbeitrag. Wir bitten, bei zukünftigen Planungen uns solche Angaben mitzuteilen. Sofern es durch die erforderlichen landespflegerischen Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes zu keinerlei Überschneidungen mit den im Regionalen Raumordnungsplan bzw. der rohstoffgeologischen Fachplanung ausgewiesenen Rohstoffsicherungsflächen kommt, bestehen aus der Sicht der Rohstoffsicherung gegen das geplante Vorhaben keine Einwände.	Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich.
8.	Deutsche Telekom, 56727 Mayen 05.07.2011 Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
9.	Forstamt Dhronen 27.06.2011 Gegen die beiden zum o.a. Betreff vorgelegten Bauleitplanentwürfe bestehen aus forstwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
10.	Gemeindeverwaltung Morbach 27.06.2011 Gegen die vorliegende Planung bestehen unsererseits keine Bedenken.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
11.	DLR Mosel, 54470 Bernkastel-Kues 05.07.2011 Wir verweisen in obiger Angelegenheit auf unsere Mail vom 29.10.2009 an Herrn Keuper sowie unser		

	Schreiben an die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich vom 15. 01.2010 (siehe Anlage). Der geplante Standort des Reiterhofes liegt im Verfahrensgebiet des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens „Oberlauf Kleine Dhron“. Das Verfahren dient der Umsetzung des Flussgebietsentwicklungskonzeptes „Oberlauf Kleine Dhron“ von 2008, in dem Ziele für Naturschutz und Landschaftspflege integriert sind. Da die Umsetzung des Flussgebietsentwicklungskonzeptes auch im Sinne der Verbandsgemeinde ist, gehen wir davon aus, dass die Maßnahmen des Konzeptes bei der Bauleitplanung berücksichtigt werden.	Zur Kenntnis. Das Konzept wird bei der Bauleitplanung und insbesondere bei den festzulegenden Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt.	Kein Beschluss erforderlich. Der Beschluss erfolgte einstimmig.
11.1	DLR Mosel, 54470 Bernkastel-Kues, 15.01.2010 Wie in unserer Mail vom 29.10.2009 an die Verbandsgemeinde Thalfang (Herrn Keuper) bereits mitgeteilt, befindet sich der geplante Standort des Reiterhofes im Verfahrensgebiet des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens „Oberlauf Kleine Dhron“. Das Verfahren dient der Umsetzung des Flussgebietsentwicklungskonzeptes „Oberlauf Kleine Dhron“ von 2008, in dem Ziele für Naturschutz und Landschaftspflege integriert sind. Das Flussgebietsentwicklungskonzept wurde im Auftrag der VG Thalfang durch das Planungsbüro Max & Reihnsner in Zusammenarbeit mit dem DLR Mosel erstellt und sollte Ihnen vorliegen. Wir bitten darum, dem für die Ansiedlung des Reiterhofes zuständigen Planungsbüro diese Unterlagen ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Das im Norden an das zu bebauende Flurstück angrenzende Gewässergrundstück ist im Maßnahmenkonzept des Flurbereinigungsverfahrens als Maßnahme 68 zur „Eigenentwicklung vorhandener Gewässerrandstreifen“ mit Erhalt der vorhandenen Ufergehölze vorgesehen. Das geplante Flurstück selbst liegt in einer Fläche, die als Maßnahme 83 „Entwicklung von artenreichem Grünland mittlerer bis wechselfeuchter Standorte mit Bachuferwald und feuchten Krautsäumen“ im Konzept aufgeführt ist (siehe Maßnahmenkarte West im landespflegerischen Beitrag zum Flussgebietsentwicklungskonzept). Der geplante Reiterhof sollte diesen Maßnahmen nicht widersprechen. Die Nutzung der Flächen entlang der Gewässer innerhalb des Flussgebietsentwicklungskonzeptes kann unter Berücksichtigung entsprechender Auflagen weiterhin erfolgen, d.h. der Nutzer muss sich darauf einstellen, dass die Fläche zeitweilig überflutet ist und somit nicht genutzt werden kann. Die vorgesehene extensive Grün-	Zur Kenntnis. Das Konzept wurde dem Planungsbüro zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme wurde im Bebauungsplan berücksichtigt. Die entsprechende Fläche wurde als „Fläche für die Wasserwirtschaft“ dargestellt, um einen Korridor für die Eigenentwicklung des Gewässers zu sichern. Der Bachuferwald sowie die Krautsäume liegen in der besagten Fläche für die Wasserwirtschaft und werden nicht beeinträchtigt. Durch neu anzulegende Rückhaltegräben werden zusätzlich feuchte Hochstaudenfluren entwickelt. Die Entwicklung von artenreichem Grünland ist dagegen auf den hofnahen Flächen nur bedingt gewährleistet. dafür werden an anderer Stelle geeignete intensiv genutzte oder brachgefallene Flächen einer extensiven Nutzung zugeführt.	Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

	landnutzung im Talauenbereich ist aus landespflegerischer Sicht zu begrüßen. Falls Kompensationsmaßnahmen notwendig sein sollten, sollten diese entsprechend dem Flussgebietsentwicklungskonzept entwickelt werden.	Zur Kenntnis. Dies ist so vorgesehen.	
12.	Wehrbereichsverwaltung West, 65189 Wiesbaden, 05.07.2011 Gegen das o.a. Vorhaben bestehen keine Bedenken.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
13.	RWE Rhein-Ruhr Netzservice, 54294 Trier 06.07.2011 Wie aus beigefügtem Bestandsplan ersichtlich, betreiben wir in dem von der Planung betroffenen Gebiet ein 1-kV- Freileitungsnetz. Bei den Freileitungen sind je nach Spannungsebene beidseitig der Leitungsbahn die Schutzstreifen mit unterschiedlichen Breiten zu beachten und von jeglicher Bebauung und Bepflanzung mit hohem Aufwuchs freizuhalten. Die elektrische Versorgung der im Planungsgebiet vorhandenen sowie zur Ansiedlung kommenden Kunden erfolgt aus dem bestehenden bzw. zu erweiternden Niederspannungsnetz. In welchem Umfang und an welcher Stelle weitere Versorgungsanlagen erforderlich werden, können wir heute noch nicht absehen. Die Planung der für die Versorgung notwendig werdenden Stationen und Leitungen erfolgt auf Grund der örtlichen Verhältnisse und des erforderlichen Bedarfs. Hierfür bitten wir Sie uns auch weiterhin rechtzeitig, vor anstehenden Baumaßnahmen zu informieren. Wir bitten Sie, uns zu gegebener Zeit eine Kopie des rechtskräftigen Bebauungsplanes zur Projektierung eines geeigneten Versorgungsnetzes einschließlich einer Straßen- und Wegebeleuchtung zur Verfügung zu stellen. Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen die Planungen keine Bedenken.	Zur Kenntnis. Die vorhandene Freileitung wird durch die geplante Bebauung nicht tangiert. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich.
14.	Deutsche Post, 40010 Düsseldorf 17.11.2010 Da die Deutsche Post AG bereits seit Jahren die Aufgaben von Trägern öffentlicher Belange nicht mehr wahrnimmt, kann das Verfahren zur Beteiligung entfallen. Auf Anweisung der Zentrale Bonn werden wir als REG Services nur noch bei ausdrücklicher Beauftragung durch die Muttergesellschaft TÖB-Anfragen prüfen oder Stellungnahmen liefern. Wir bitten Sie daher, uns beim Beteiligungsver-	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.

	fahren nicht mehr zu berücksichtigen und aus Ihrem Verteiler zu streichen.		
15.	VG Schweich, 54334 Schweich 06.07.2011 Unsererseits werden keine Anregungen zur l. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebracht. Wir wünschen bei den weiteren Planungen und deren Realisierung viel Erfolg.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
16.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, 54290 Trier 07.07.2011 Gegen die Bauleitplanung bestehen aus Sicht der Wasserwirtschaft und des Bodenschutzes keine Einwände. Der Planbereich befindet sich teilweise im Überschwemmungsgebiet der Dhron. Die Überschwemmungsgrenzen sind in den Plänen dargestellt. Gemäß Wassergesetz besteht zwar in den Überschwemmungsgebieten ein grundsätzliches Verbot für neue Baugebiete, wenn damit die Errichtung fester baulicher Anlagen planerisch zugelassen werden soll. Den geplanten Pferdekoppeln S06 im Überschwemmungsgebiet kann ich jedoch zustimmen, weil sie keinen Einfluss auf das Hochwassergeschehen haben und das Entstehen neuer Schadenspotentiale weitestgehend ausschließen. Feste bauliche Anlagen und Geländeerhöhungen sind im Überschwemmungsgebiet jedoch verboten. Die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung ist sicherzustellen. Im Planungsbereich sind keine Altablagerungen, Rüstungsaltsstandorte, militärische Altstandorte oder gewerblich-industrielle Altstandorte kartiert.	Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis. Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
17.	Planungsgemeinschaft Region Trier, 54292 Trier 07.07.2011 Zu o. a. Bauleitplanung erfolgte unter unserer Beteiligung eine vereinfachte raumordnerische Prüfung nach § 18 LPlG, deren Ergebnis mit Schreiben der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich vorn 12.05.2010 mitgeteilt wurde. In den jetzt überlassenen Planunterlagen sind Betroffenheit und vorgesehener Umgang mit den in der vorgenannten Prüfung dargestellten raumordnerischen Erfordernissen sowie die Umweltauswirkungen an dem begehrten Standort aus unserer Sicht hinreichend und nachvollziehbar dargestellt.	Zur Kenntnis. Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich. Kein Beschluss erforderlich.

	Soweit Naturschutz- und Wasserbehörde im Hinblick auf ihre fachlichen Anforderungen an die Planung im Hinblick auf ihre Fachbeiträge zum derzeit in der Neuaufstellung befindlichen Regionalplan keine Bedenken gegen das Vorhaben erheben, stimmen wir demselben seitens der Regionalplanung zu.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
18.	Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 54295 Trier 11.07.2011 Gegen die o.g. Planung bestehen aus Sicht der Landwirtschaft keine Bedenken. Unter Punkt 7 des Umweltberichts wird erwähnt, dass die Ausgleichsflächen und die entsprechenden Maßnahmen im weiteren Verfahren ergänzt werden. Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren, um hier eine agrarstrukturell verträgliche Lösung anzustreben.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
19.	Vermessungs- und Katasteramt Birkenfeld 11.07.2011 Gegen die o.a. Planungsabsichten bestehen unsererseits keine Bedenken.		
20.	LBB, 54224 Trier 14.07.2011 Im Bereich der aufgeführten Maßnahme befinden sich keine Liegenschaften des Landes, des Bundes oder der Gaststreitkräfte, welche von der Maßnahme jetzt betroffen und vom Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Trier, zu betreuen sind. Ich weise Sie darauf hin, dass die Wehrbereichsverwaltung West - Außenstelle Wiesbaden, Moltkerring 9, 65189 Wiesbaden, sowie der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, Abt. Pipeline Maßnahmen, Postfach 1340, 76803 Landau, soweit sie von der Maßnahme betroffen, von Ihnen zur Stellungnahme aufzufordern sind.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
21.	IHK Trier 19.07.2011 Es ist vorgesehen, den Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Thalfang zu ändern sowie den Bebauungsplan der Ortsgemeinde Dhronneck „Sondergebiet Reitsport, Gastronomie und Beherbergung mit Freizeitanlagen“ zu erlassen. Dies soll geschehen, um den Bestand eines touristischen Betriebes langfristig abzusichern und durch zusätzliche Angebote die touristische Attraktivität zu stärken. Aus unserer Sicht trägt die Planung dazu bei, die Attraktivität der regionalen Wirtschaft zu stärken. Wir begrüßen die Planungen und hegen keine Bedenken dagegen.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
22.	DB Services Immobilien GmbH, 60327 Frankfurt am Main 20.07.2011 Die DB Services Immobilien GmbH, als von der DB		

	Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o. a. Vorhaben. Gegen das o. g. Vorhaben an der Strecke bestehen unsererseits keine Einwände. Bitte beteiligen Sie uns im Baugenehmigungsverfahren. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Zur Kenntnis.	Kein Beschluss erforderlich.
23.	KV Bernkastel-Wittlich, 54504 Wittlich 04.08.2011 Mit Schreiben vom 20.06.2011 beteiligen Sie die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich gem. § 4 Abs. 1 BauGB am o. a. Verfahren. Der beantragten Planung kann aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden: Bzgl. der Ansiedlung eines Reiterhofes in der Ortsgemeinde Dhronecken erging mit Schreiben vom 12.05.2010 eine raumordnerische Prüfung gem. § 18 Landesplanungsgesetz (LPIG), die zum Zwecke der Feststellung der Zulässigkeit einer erforderlich werdenden Bauleitplanung gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Prüfergebnis dieser Raumordnerischen Prüfung wurde u. a. folgendes festgestellt: „Als Ergebnis ist festzuhalten, dass das Planvorhaben die dargelegten raumordnerischen Belange berührt, sie stehen dem geplante Vorhaben allerdings nicht entgegen, wenn die Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Bahndamm errichtet werden und somit an der südlichen Grenze des Talraumes liegen. Eine Planung ist dann mit den Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung vereinbar, wenn bei der weiteren Bauleitplanung die nachstehend aufgeführten Maßgaben umgesetzt und eingehalten werden: - Die geplante Bebauung kann nur westlich des denkmalwerten Wasserturms und Pumpenhauses an der südlichen Grenze des Talraumes (wie auf dem anliegenden Übersichtsplan dargestellt) erfolgen. Eine Bebauung der übrigen Flächen ist auszuschließen. - Westlich des Wasserturms ist eine Fläche in Breite und Tiefe des angrenzenden Waldstücks als Umgebungsschutz von der Bebauung freizuhalten. - Die Planungen sind mit dem Schutzzweck des Naturparks „Saar-Hunsrück“ in Einklang zu bringen. In den weiteren Planungen sind dann auch die Hinweise und Anregungen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (s. unter Nr. 5.) zu beachten.		

Die nunmehr mit Schreiben vom 20.06.2011 vorgelegte neue Konzeption ist durch das Ergebnis der vereinfachten raumordnerischen Prüfung vom 12.05.2010 nicht abgedeckt. Beispielhaft wird dazu folgendes genannt: Entgegen der früheren Planung ist nunmehr lt. den vorgelegten Unterlagen in unmittelbarer Nähe zu Wasserturm und Pumpenhaus ein Gästehaus mit 10 Betten mit Gastronomie, Außengastronomie und einer Betriebsinhaberwohnung geplant. Entsprechende Baugrenzen wurden eingezeichnet. Der denkmalpflegerische Bestand ist im Plan nicht dargestellt. Die Planunterlagen sind diesbezgl. nicht eindeutig.	Hier besteht offensichtlich ein Missverständnis. Bei der in der Planurkunde dargestellten überbaubaren Fläche (Baugrenze) handelt es sich um den Gebäudebestand (Wasserturm und Pumpenhaus). Eine Erweiterung oder sonstige Bebauung ist nicht vorgesehen. Die Beherbergung soll ausschließlich im Bestand untergebracht werden. Zur Verdeutlichung wird in die Planurkunde der Bestand mit entsprechender Signatur übernommen.	
Die in SO2 dargestellten Stellplätze sind in den Unterlagen zur vereinfachten raumordnerischen Prüfung als Freiflächen dargestellt.	Entsprechend dem Planfortschritt von ROV über FNP zum Bebauungsplan differenziert sich die Planung immer weiter aus. Die Ausweisung der Stellplätze entspricht den Anforderungen der Ortsgemeinde / Investors zum Stellplatznachweis für die touristische Nutzung und kann an keiner anderen Stelle aufgrund der beengten Tallage umgesetzt werden.	Der Beschluss erfolgte einstimmig.
In der vereinfachten raumordnerischen Prüfung wurde in der naturschutzrechtlichen Stellungnahme der in „Ost- Westrichtung“ verlaufende geschotterte Fahrweg als „absolute Grenze hinsichtlich der Nutzung als Arbeitsraum“ genannt. In der vorgesehenen Planung ragt der Reitplatz ca. 30 m über diesen Fahrweg hinaus. Ebenso die Gastronomie der Reithalle und die Stellplätze SO 2. Die Größe der geplanten baulichen Anlagen (Gebäude und Stellplätze) weicht teilweise deutlich von den früheren Unterlagen ab. Diese erscheinen für die Haltung von lediglich 15 Pferden überdimensioniert. Ggf. empfehle ich diesbezgl. eine Stellungnahme der Landwirtschaftskammer einzuholen.	Entsprechend dem Planfortschritt von ROV über FNP zum Bebauungsplan differenziert sich die Planung immer weiter aus. Dem Wunsch der OG entsprechend wurde eine städtebaulich sinnvollere Lösung als im ROV skizziert im Bebauungsplan umgesetzt. Als Ergebnis der Besprechung wird auf die für die Gastronomie vorgesehene überbaubare Fläche (19 m x 19 m) nördlich der geplanten Reithalle verzichtet. Die Reithalle wird auf maximal 60 m x 31 m festgesetzt. Die Maschinen- und Bergehalle einschließlich Stallungen wird gegenüber der Reithalle versetzt angeordnet und auf eine Ausdehnung von 45 m x 27 m begrenzt. Es wird auf die in der vorgestellten Planurkunde enthaltenen zeichnerischen Festsetzungen über Baugrenzen (Baufenster), Gebäudehöhen und -stellungen (Firstrichtung) verwiesen. Der „Wirtschaftsweg“ (SO5) wird eingezogen und den angrenzenden Flächen (SO6) zugeschlagen.	Der Beschluss erfolgte einstimmig.
Es wird entgegen dem raumordnerischen Prüfergebnis keine Aussage zum Schutzzweck Naturpark	Die Planunterlagen werden entsprechend ergänzt.	Der Beschluss erfolgte ein-

„Saar-Hunsrück“ getroffen. Die vorgesehene Änderung des Flächennutzungsplans kann daher so wie beantragt nicht durchgeführt werden. Sollte an der beabsichtigten Planung festgehalten werden, ist eine neue raumordnerische Prüfung zu beantragen. Sollte die Planung fortgeführt werden, kann eine Genehmigung des Flächennutzungsplans nicht in Aussicht gestellt werden. Abschließend erlaube ich mir den Hinweis, dass die vorgelegten Unterlagen eine ordnungsgemäße Prüfung nicht zulassen. Die Pläne sind weder eindeutig noch maßstabsgerecht. Ich bitte, dies zukünftig zu beachten. Ich empfehle eine Überarbeitung der Planunterlagen im Sinne des Prüfergebnisses der vereinfachten raumordnerischen Prüfung. Sollten Sie dabei die Mitwirkung der hiesigen Fachgebiete Bauleitplanung, Naturschutz und Denkmalpflege für sinnvoll erachten, stehen wir Ihnen dafür gerne zur Verfügung. Nachfolgend erhalten Sie die naturschutzrechtliche Stellungnahme zu Ihrer Information. Das Scoping-Verfahren dient vorrangig der Erörterung der Anforderungen an die Umweltprüfung. Auf Grund der naturräumlichen Gegebenheiten und der Tatsache, dass Teilflächen des Bauungsplangebietes im Rahmen der Biotopkartierung Rheinland-Pfalz im Juni 2010 erfasst wurden, besteht dringender Bedarf zur Nachkartierung und Überarbeitung des Bestandsplanes. Die Grünlandflächen südlich der Kleinen Dhron sind weitestgehend von der Biotopkartierung Rheinland-Pfalz erfasst. Die Kartierung wurde am 18.06.2010 durchgeführt; die Daten sind seit Frühjahr 2011 im LANIS bereit gestellt. Da die letzte Begehung der Flächen laut Umweltbericht am 27.01.2011 stattgefunden hat, ist zu vermuten, dass keine repräsentative Kartierung der Grünlandflächen zur Vegetationszeit erfolgt ist. Die Grünlandfläche ist innerhalb des Biotopkomplexes „Tal der Kleinen Dhron zwischen Dhronneck und Kläranlage Beuren und Unterlauf des Röderbachs“ erfasst. Die ökologische Bedeutung der Grünlandflächen ist im Umweltbericht zu bewerten und in die Eingriffsbilanzierung einzubeziehen. Es ist aufgrund der Bedeutung der Flächen von einem höheren Kompensationsbedarf auszugehen. Generell sind die Kompensationsflächen im Flächennutzungs-	Der Flächennutzungsplan stellt keine differenzierten Bauflächen dar, sondern nur Flächenkategorien. Die Gebäudestellung ist insofern für den FNP ohne Belang. Den Unterlagen wurde eine maßstäbliche pdf-Datei beigefügt. Die Beanstandung ist daher nicht nachvollziehbar. Es wird auf v.g. Ausführungen verwiesen. Das Gelände wird nachkartiert und der Bestandsplan ergänzt. Das Gelände wird nachkartiert und der Bestandsplan ergänzt. Es erfolgt eine Ergänzung entsprechend der Stellungnahme der Naturschutzbehörde.	stimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

plan darzustellen und im Bebauungsplan vor dessen Rechtskraft rechtlich abzusichern. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb des "Naturpark Saar-Hunsrück". Schutzzweck für den gesamten Naturpark ist u.a. die Erhaltung der landschaftlichen Eigenart, Schönheit und des für Langzeit- und Kurzurlaub besonderen Erholungswertes des südwestlichen Hunsrücks. Der Umweltbericht muss eine Bewertung der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes anhand der landschaftsbildrelevanten Kriterien Schönheit, Vielfalt, Eigenart und dem Schutzzweck der Naturparkverordnung vornehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die in der raumordnerischen Prüfung vorgelegten Fotomontagen nicht die tatsächlich zu erwartende Entwicklung verdeutlichen. Im Bebauungsplanverfahren wurden keine Fotomontagen vorgelegt. Neue Fotomontagen werden seitens der Unteren Naturschutzbehörde nicht zwingend eingefordert. Sie können aber bei der Beurteilung der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und bei der Abhandlung der denkmalschutzrelevanten Kriterien hilfreich sein. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst nicht die Gehölze im ehemaligen Bahntrassenbereich. Ein Erhalt dieser Flächen ist aus Gründen des Landschaftsbildes über den Bebauungsplan somit nicht möglich. Es wäre zu prüfen, ob eine Einbeziehung der Flächen zur Festsetzung des Erhalts möglich ist. Der Erhalt der Gehölze ist für die Einbindung des Reiterhofs wesentlich. Insofern ist die Sicherung des Bestandes darzulegen. Zusätzliche Einbindungsmaßnahmen sind im Bebauungsplan nicht vorgesehen, insofern ist davon auszugehen, dass durch die Veränderungen des Talbereiches durch Bebauung zusätzliche externe Maßnahmen zur Aufwertung des Landschaftsbildes erforderlich werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit dem Reitplatz im Gebiet SO3 und der Planung von Parkplatzflächen SO2 Nutzungen in den Talraum hinzukommen, die in den Unterlagen zum raumordnerischen Entscheid in dieser Größenordnung nicht thematisiert wurden. Im Raumordnerischen Verfahren wurde der vorhandene Fahrweg als eine Entwicklungsgrenze bei der Gestaltung angehalten. Auf Grund der o.g. Sachverhalte kann die Bewertung zur Umweltverträglichkeit auf Seite 3 der Begründung zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht gänzlich nachvollzogen werden. Die Gewichtung der Beeinträchtigungen, insbesondere bezüglich der Betroffenheit von biotopkartierten Beständen sowie der Auswirkun-	Es erfolgt eine Ergänzung entsprechend der Stellungnahme der Naturschutzbehörde. Falls für die Beurteilung der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes hilfreich, erfolgt eine Fotomontage. Nach Festlegung der städtebaulichen Gesamtkonzeption in Abstimmung zwischen KV/VG/OG werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild bestimmt und Ausgleichsmaßnahmen, ggf. extern, festgelegt. Nach Festlegung der städtebaulichen Gesamtkonzeption in Abstimmung zwischen KV/VG/OG werden die Auswirkungen auf den Biotopschutz sowie das Landschaftsbild / Erholungsfunktionen bestimmt und Ausgleichsmaßnahmen, ggf. extern, festgelegt.	Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

	gen auf das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion ist nicht abschließend nachvollziehbar. Durch Ausweisung von Sondergebietsflächen SO6 sollen diese Flächen als Pferdekoppeln abgesichert werden. Soweit es sich dabei um eine geeignete Festsetzung handelt, sollte weiterhin klargestellt werden, dass bauliche Anlagen in diesen Bereichen unzulässig sind. Auf Grund der Bedeutung der südlich der Kleinen Dhron gelegenen Talflächen sind Regelungen für die Bewirtschaftung vorzusehen. Dabei sind die Hinweise aus der raumordnerischen Prüfung zur Extensivierung der Auenflächen im Sinne der Ziele des Landschaftsplans und des Flussentwicklungskonzeptes zu beachten. Hinweis: Auf Seite 8 der städtebaulichen Begründung ist unter dem Kapitel „Naturschutz“ die Bezeichnung § 28 Landesnaturschutzgesetz in § 30 Bundesnaturschutz zu ändern.	Die Festsetzungen werden entsprechend der Anregung der KV ergänzt. Die Festsetzung A) wird wie folgt ergänzt: Nebenanlagen i.S.d. § 8(9)Nr. 3 LBauO sind i.S.d. § 23 (5) BauNVO im Bereich SO 6 unzulässig. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig.
24.	VGW Thalfang 22.07.2011 Die Erläuterungen und die Begründung des Bebauungsplanes enthalten keine Aussagen oder Angaben zum voraussichtlichen Trinkwasserbedarf noch zum Schmutzwasseranfall. Deshalb kann auch mangels fehlender Zahlen nur allgemein zu diesen Infrastruktureinrichtungen Stellung genommen werden. Vorab sei jedoch darauf hingewiesen, dass es sich bei dem überplanten Bereich um Flächen handelt, die früher von der Eisenbahn genutzt wurden. Diesen waren selbständig in Bezug auf jegliche Erschließung durch kommunale Einrichtungen. Bei dem in diesem Bereich vorhandenen historischen Wasserturm und Bahnwärterhaus handelt es sich um nachträglich zu allgemeinen Wohnzwecken genutzte Gebäude. Dementsprechend erfolgte ein Anschluss an die öffentliche Trinkwasser- und Abwasseranlage nur behelfsmäßig durch überlange Grundstücksanschlussleitungen bzw. an einen Verbindungssammler. Derartige Behelfslösungen können jedoch nicht für ein gesamtes Baugebiet genutzt werden. A. Wasserversorgung Die Ortsgemeinde Dhronneck ist über ein Druckminderbauwerk (ca. 440 m üNN) im Röderbachtal an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen. Der Vordruck in diesem Bereich ist dabei so gewählt, dass auch noch höher gelegenen Grundstücke wie z. B. die Bousermühle, die eben-	Bei dem Bebauungsplan handelt es sich um eine Angebotsplanung. Konkrete Bedarfszahlen können erst im Zusammenhang mit der Objektplanung benannt werden. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan sind nur die grundsätzlichen Fragen der Ver- und Entsorgung zu benennen. In der Begründung zum Bebauungsplan sind hierzu in Kap. 4.0 entsprechende Aussagen getroffen. Es entsteht kein neues Baugebiet. Die vorhandenen Nutzungen werden lediglich ergänzt. Zur Kenntnis.	Der Beschluss erfolgte einstimmig.

falls an der Zubringerleitung angeschlossen sind, noch über einen geodätischen Druck von ca. 2,5 bar verfügen. Da das Plangebiet sich jedoch auf ca. 370 m üNN befindet, ist mit dem im Druckminderbauwerk eingestellten Vordruck bereits der zulässige Maximaldruck von 10 bar für Hausinstallationen erreicht. Es ist daher erforderlich, dass auch aufgrund der anerkannten Regeln der Technik der Einbau eines kombinierten Wasserfilters/ Druckbegrenzers für jeden Anschluss erfolgt. Damit können die Anforderungen der DIN 1988 eingehalten werden.		
Die bestehende Trinkwasserleitung endet im Bereich des Hirtenweges mit einem Unterflurhydrant für Spülzwecke. In diesem Bereich kann auch die Hauptleitung zur Versorgung des Baugebietes angeschlossen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass entsprechende öffentliche Flächen bzw. Leitungsrechte zur Leitungsverlegung bereitgestellt werden. Die Durchquerung des Gewässers bedarf zudem einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Technisch sind bei der Leitungsverlegung Vorkehrungen gegen aggressive Bodenverhältnisse zu treffen.	Die öffentliche Erschließung endet am Hirtenweg. Der gesamte Bebauungsplan dient der Entwicklung eines Vorhabens auf einem Grundstück. Insofern erübrigt sich eine Sicherung von Leitungsrechten, da auf dem Grundstück keine öffentliche Erschließung erfolgt. Wasserrechtliche Erlaubnisse sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.	Der Beschluss erfolgte einstimmig.
Zur Vermeidung von Stagnation in der Leitung ist die Herstellung eines Ringverbundes erforderlich.	Der gesamte Bebauungsplan dient der Entwicklung eines Vorhabens auf einem Grundstück. Insofern erübrigt sich die Anlage eines Ringverbundes.	Der Beschluss erfolgte einstimmig.
B. Abwasserreinigung Die Ortslage Dhronneck wird im Trennsystem entwässert; die Reinigung des Abwassers erfolgt in der Gemeinschaftskläranlage Bruderbach auf Gemarkung Rascheid. Die Entwässerung des geplanten Sondergebietes muss deshalb und aufgrund der wasserrechtlichen Vorgaben auch im Trennsystem erfolgen. In der Gemeinschaftskläranlage Bruderbach wird das Abwasser aus drei Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Hermeskeil und von sechs Ortsgemeinden aus der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf gereinigt. Sie ist dabei auf eine Reinigungsleistung von 11.000 EW ausgelegt, von denen 8.800 EW auf die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf entfallen. Hierbei geht es nicht um Minimal- oder Durchschnittswerte, sondern um die Spitzenlast. Eine Kläranlage kann nur bis zur vorgegebenen Auslegungsgröße zuverlässig zu betreiben sein. Eine Überlastung führt zu Betriebsstörungen und dann auch zu Überschreitungen der festgesetzten Überwachungswerte. Dies ist nicht zulässig.	Zur Kenntnis.	
Bei der Bemessung wurde für die Ortsgemeinde Dhronneck ein Anteil von 180 EW berücksichtigt. Die aktuelle Einwohnerzahl zum 20.06.2011 beträgt mit HW126 und NW 20 insgesamt 146. Hinzu	Zu den getroffenen Aussagen über die Bemessung der Kläranlage bleibt festzustellen, dass gemäß § 52 Landeswassergesetz (Beseitigungspflicht) die Verbandsgemeinden als	Der Beschluss erfolgte einstimmig.

kommen noch Schmutzwassereinleitungen von nicht häuslichen Einrichtungen (Bürgerhaus, Staatliches Forstamt, Gastronomie). Allein aus regelmäßigen Veranstaltungen im Bürgerhaus ist mit einer Schmutzfracht zu rechnen, die ca. 50 EW entspricht. Auch ist zu berücksichtigen, dass Eigentümern, deren unbebaute Grundstücke, die bereits an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen sind und die damit bereits Bauland darstellen, eine spätere Benutzung nicht wegen mangelnder Reinigungskapazitäten in der Gemeinschaftskläranlage Bruderbach entgegen gehalten werden kann. Dieses Privileg gilt jedoch nicht für die Schaffung neuer Bauflächen. Damit bestehen aktuell keine freien Kapazitäten in der Gemeinschaftskläranlage Bruderbach zur Reinigung des zusätzlich anfallenden Schmutzwassers in dem geplanten Sondergebiet. Das Niederschlagswasser kann wie auch in der übrigen Ortslage auf den jeweiligen Grundstücken versickert bzw. in die Kleine Dhron eingeleitet werden. Hierbei sind die festgesetzten Überschwemmungsgebiete zu beachten und die anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Das geplante Sondergebiet rückt sehr nahe an die bestehende Kläranlage Dhronacken heran. Es ist deshalb unbedingt sicherzustellen, dass nicht zusätzliche Anforderungen hinsichtlich Gerüche und Geräusche erhoben werden, um diese Sondernutzung erst im Sinne von Gästen und Besuchern möglich zu machen. Der Bestandsschutz der vorhandenen Anlage ist in jedem Falle zu gewährleisten.	Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung sicherzustellen haben, dass das in ihrem Gebiet anfallende Abwasser ordnungsgemäß beseitigt wird. Sie haben die dafür erforderlichen Einrichtungen und Anlagen nach den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben. Folglich haben die Verbandsgemeindewerke die erforderlichen Vorkehrungen zur Beseitigung der Abwässer aus dem betroffenen Bebauungsplan-gebiet zu treffen. Zur Kenntnis. Die Forderung entsprechend den getroffenen Regelungen im B-Plan. Zu den Ausführungen über Geruchs- und Geräuschimmissionen bleibt festzustellen, dass eine Beherbergung von Gästen ausschließlich in bereits vorhandenen Gebäuden ermöglicht wird. Mit den an die Kläranlage heranrückenden Gebäuden (Stallungen, Reithalle) sind ebenfalls Gerüche vergleichbar mit den Immissionen der Kläranlage verbunden.	Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

b) Beratung und Billigung des Planentwurfs

Unter Hinweis auf die gefassten Beschlüsse unter dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt billigte der Ortsgemeinderat den entsprechend geänderten Planentwurf einschließlich Begründung und Umweltbericht.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

c) Beratung und Beschlussfassung über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch

Außerdem ist zur Fortführung des Bauleitplanverfahrens für den aktuellen Planentwurf die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch zu beschließen. Dazu wird der Planentwurf für einen Zeitraum von einem Monat bei der hiesigen Verbandsgemeindeverwaltung zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt und Anregungen können während der Auslegefrist schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Zugleich werden die Nachbargemeinden wie auch die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterrichtet und ihnen ebenfalls nochmals die Möglichkeit eingeräumt, Stellung zu den Planungen zu beziehen. Die Verwaltung wird um entsprechende Veranlassung gebeten.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 4.: Vergabe der Renovierungsarbeiten im Bürgerhaus Dhronecken

Zur ordnungsgemäßen Unterhaltung des Bürgerhauses besteht das Erfordernis zur Ausführung von Malerarbeiten in der Küche, in den Toiletten und in Abstellräumen. Dazu hat Ortsbürgermeister Jochem Vergleichsangebote eingeholt. Nach Klärung des Leistungsumfangs vertrat der Ortsgemeinderat die Auffassung, dass das wirtschaftlichste Angebot die Firma Farben-Gerhard GmbH aus Thalfang abgegeben hat und erteilte demzufolge dem Unternehmen den Auftrag.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 5.: Ortsdurchfahrt Dhronecken L 153

Unter Hinweis auf die bisherigen Beratungen zur Anschaffung einer Geschwindigkeitswarnanlage teilte der Vorsitzende mit, dass die Ortsgemeinde Thalfang ein Gerät leihweise und vorübergehend der Ortsgemeinde Dhronecken zur Verfügung stellt. Zum Betrieb dieser Warnanlage bedarf es auch eines zusätzlichen Stromanschlusses an der anzubringenden Straßenleuchte. Die Steckdose wird der Netzbetreiber kostenfrei anbringen.

Der Ortsgemeinderat stimmte der Vorgehensweise einstimmig zu.

Zu 6.: Informationen

a) Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz

Ortsbürgermeister Jochem unterrichtete den Ortsgemeinderat über das Seminarangebot der Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz.

b) Herstellung von Stauanlagen am Thalfangerbach und Röderbach

Der Ortsgemeinderat wurde darüber informiert, dass im Zuge des Flussgebietsentwicklungskonzeptes Oberlauf „Kleine Dhron“ die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zum Hochwasserschutz der Ortsgemeinde Dhronneck in den vergangenen Wochen die Bauarbeiten zur Herstellung von Stauanlagen am Thalfangerbach und am Röderbach beauftragt hat und inzwischen die beauftragte Firma die Bauausführung aufnahm.

c) Schneeräumung

Im Hinblick auf den kommenden Winter diskutierte man die örtliche Situation zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Schneeräumung in den Gemeindestraßen.